

# Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Volksrepublik China seit der Kulturrevolution

UDO WEISS

## Summary

This paper attempts to describe the main points of the economic policy of the People's Republic of China since the end of the Cultural Revolution. It is maintained that the dualistic development strategy instituted at the outset of the Great Leap Forward has been adhered to all along. The balanced growth of what the Chinese planners see as the three main sectors of the economy has been the unchanging aim, with agriculture as the base and heavy industry as the leading factor, light industry providing the link. In pursuit of this the period under discussion is shown to follow a more pragmatic line characterised by calls for efficient and non-wasteful management of the economy and the payment of "rational wages" than did the more ideologically inclined policy of the Cultural Revolution, both nevertheless being essentially variations of the common basic strategy outlined above. A review of selected practical problems encountered in implementing this strategy is given in the final section.

## Einleitung

Der vorliegende Aufsatz versucht, die seit dem Ende der Großen Proletarischen Kulturrevolution in der Volksrepublik China praktizierte Wirtschaftspolitik in ihren Hauptlinien aufzuzeigen. Über den Erfolg dieser Wirtschaftspolitik wird in diesem Rahmen nichts ausgesagt. Als Quelle dienen diejenigen chinesischen Publikationen, die hauptsächlich für den inneren Gebrauch der Volksrepublik selbst gedacht sind<sup>1</sup>.

Ein erster Teil enthält eine Skizze der Bedeutung der Kulturrevolution für die chinesische Wirtschaftspolitik. Daran schließt sich ein zweiter Teil an, der eine Zusammenfassung der Grundkonzeption der chinesischen Entwicklungsstrategie versucht. Ein dritter Teil soll an Einzelfragen die Probleme aufzeigen, die bei der Verwirklichung dieser Strategie auftreten.

## I. Die Große Proletarische Kulturrevolution und die chinesische Wirtschaft

Die Große Proletarische Kulturrevolution (Dauer etwa vom Frühjahr 1966 bis zum Sommer 1969) zog die chinesische Wirtschaft viel weniger in Mitleidenschaft, als außerhalb Chinas im allgemeinen angenommen wurde. Es waren die Bereiche der Parteiorganisation, der Außenpolitik, der Kultur- und Erziehungsarbeit, die in er-

<sup>1</sup> In erster Linie sind dies das theoretische Parteiorgan „Rote Fahne“ (Hong Qi, im folgenden abgekürzt HQ) und die Pekinger „Volkszeitung“ (Renmin Ribao, abgekürzt RMRB). Ferner wurde als Quelle für die Provinz- und Regionalrundfunksendungen verwendet Sum-

ster Linie von ihr betroffen waren. Gelegentlich störten – wenigstens zeitweise – Massenversammlungen und -aufmärsche den Produktionsablauf, und in einigen Betrieben wurden die Produktionsanlagen durch eindringende, miteinander rivalisierende Rote Garden beschädigt. Beim überregionalen Transportsystem, durch die gleichen Kräfte „zweckentfremdet“, entstanden Engpässe in der Lieferung von Rohstoffen und Halbfertigwaren.

Man schätzt, daß während des Höhepunktes der Kulturrevolution die industrielle Produktion um 15–20%, der Außenhandel um mehr als 15%, darunter die Importe um mehr als 13%, sanken<sup>2</sup>. Die letztere Entwicklung ist teilweise auch der gleichzeitigen Politik technologischer Autarkie gegenüber dem Ausland zuzuschreiben. „Im Vertrauen auf die eigene Kraft“ wurden Importe ausländischer Fertigungsanlagen reduziert, jedoch nicht die Einfuhr von Kunstdünger und wichtigen Rüstungsrohstoffen.

Der Zeitpunkt des räumlichen Ausgreifens der Kulturrevolution auf den ländlichen Bereich (zweite Hälfte des Jahres 1968) lag verhältnismäßig spät, als in den Städten die Bewegung schon im Abklingen war. So gesehen, ist die Kulturrevolution im wesentlichen eine städtische Erscheinung. Freilich, einige organisatorischen und ideologischen Spuren hat sie auch hier hinterlassen<sup>3</sup> – darüber weiter unten mehr.

Mao Tse-tungs Opposition gegen die Wirtschaftspolitik Liu Shao-ch'is in den Jahren 1961–65 basierte auf seiner Überzeugung, daß beim Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft in China, neben Investitionen und der Technologie, vor allem die politische Motivation der Chinesen entscheidend sei. Wenn die strukturellen Basisveränderungen durch die Verstaatlichung der Industrie und die Kollektivierung der Landwirtschaft und später durch den Großen Sprung (1958) nicht ausgereicht hatten, das Bewußtsein der Wirtschaftsfaktors Mensch hinreichend schnell umzuwandeln, dann mußte eine neue Gesellschaftsordnung eingeführt werden, die ihrerseits die Entfaltung der Produktivkräfte gewährleistete. Dabei spielte dann die zahlenmäßige Steigerung des Produktionsniveaus neben der korrekten Form der gesellschaftlichen Organisation, der richtigen moralischen Motivation und soziali-

mary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, der BBC (London-Reading) (abgekürzt SWB). Spezielle wirtschaftswissenschaftliche Zeitschriften u. ä. erscheinen in der Volksrepublik seit Beginn der Kulturrevolution nicht mehr.

<sup>2</sup> Vgl die Zahlenangaben bei Jan Deleyne: Die chinesische Wirtschaftsrevolution, Hamburg 1972, S. 120. – S. a. Arthur G. Ashbrook, jr.: China – Economic Policy and Economic Results, 1949–71, in: People's Republic of China: An Economic Assessment, A Compendium of Papers submitted to the Joint Economic Committee, Congress of the United States, Washington 1972, p. 3–51. Ebenso im gleichen Band die Beiträge von Robert Michael Field; Chinese Industrial Development: 1949–70, p. 66–85; und Alva Lewis Erisman: China: Agricultural Development: 1949–71, p. 112–146.

<sup>3</sup> Zum ganzen Komplex vgl. Deleyne, a.a.O. – Ferner: Robert F. Dernberger: Radical Ideology and Economic Development in China: The Cultural Revolution and its Impact on the Economy. In: Asian Survey, December 1972, p. 1048–1065; Richard Baum: The Cultural Revolution in the Countryside: Anatomy of a Limited Rebellion. In: The Cultural Revolution in China, ed. by Thomas W. Robinson, 1971, p. 376–476. – Zum theoretischen Hintergrund vgl. E. L. Wheelwright and Bruce McFarlane; The Chinese Road to Socialism, 1970, und Leo Goodstadt: Mao Tse Tung, The Search for Plenty. Hong Kong 1972. – Für die Zeit vor der Kulturrevolution jetzt auch Rainer Hoffmann: Entmaoisierung in China, Zur Vorgeschichte der Kulturrevolution. München o. J., hauptsächlich S. 115–131.

stischer Beziehungen der Menschen untereinander vorläufig eine geringere Rolle. Diese Auffassung erlaubte es, kurzfristig einen Produktionsrückgang hinzunehmen, wenn langfristig die Entwicklung Chinas zu einer sozialistischen Wirtschaft garantiert blieb. Andererseits bedeutete die Aufgabe langfristiger revolutionärer Ziele zugunsten kurzfristiger wirtschaftlicher Vorteile „Ökonomismus“ (s. u.). Selbstinteresse und Gewinnstreben, die sogenannten „materiellen Anreize“, müssen durch „moralische“, die sich aus der marxistisch-leninistischen Lehre herleiten, ersetzt, der Blick aufs Gemeinwohl gerichtet werden. Ideologische Erziehungsarbeit führt zum „Bewußtwerden“ der richtigen Linie, einer Kombination von praktischer Betätigung und korrekter Theorie, mit deren Hilfe alle Probleme „richtig“ gelöst werden können<sup>4</sup>. Die Ausrichtung der ökonomischen Aktivität auf gesellschaftlich „korrekte“ Ziele, Managementüberwachung und Erfolgsbeurteilung durch Betriebsmassenversammlungen sind die neuen Wege in der kulturrevolutionären Betriebsorganisation.

Wegen der Auswirkungen, die eine zügellose Industrialisierung auf die nichtökonomischen Bereiche der chinesischen Gesellschaft haben würde, stellt Mao ihr die Maximen einer langsameren Gesamtentwicklung mit nur allmählicher Ausbreitung der Industrie über das ganze Land bei gleichzeitiger Förderung der Landwirtschaft gegenüber. Sein Endziel ist die Zunahme des ländlichen Wohlstands<sup>5</sup> ohne die Gefahr eines Wiederauflebens des Kapitalismus und ohne die Herrschaft der Stadt über das flache Land.

Solange die Kulturrevolution die Weltöffentlichkeit in Atem hielt, ist oft übersehen worden, daß die Parole dieser Kulturrevolution stets lautete: „Macht Revolution und treibt die Produktion voran“. Die Rückgabe der Initiative an die Massen geschah, um mit ihrer Hilfe die Produktion auf einen zukünftigen Höchststand zu bringen und gleichzeitig den wiedererstandenen bürokratisch-kapitalistischen Geist in Partei und Staat zu überwinden. Am sichtbarsten wurde dies durch den Übergang der Verantwortung in den Betrieben und regionalen Verwaltungen an Revolutionskomitees, die auf der „Dreier-Allianz“ von Angehörigen der Volksbefreiungsarmee, erfahrenen Arbeitern und revolutionären, d. h. maoistischen oder umerzogenen Kadern basierten. Um die Funktionäre „im Kontakt mit den Massen“ zu halten, führte die chinesische Führung das Prinzip der „Rotation“, d. h. der Bewährung beim praktischen Arbeitseinsatz, ein.

In der Wirtschaftspolitik konzentrierte sich die Auseinandersetzung auf den Kampf gegen den „Ökonomismus“ der Prämienzahlungen und Lohndifferenzen zum Leistungsansporn in den Industriebetrieben<sup>6</sup>. Die gleichen „materiellen Anreize“ wurden auf dem Lande in den „sān zì yì bào“ (drei Freiheiten und eine Garan-

<sup>4</sup> Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß ungehemmtes Streben nach Gewinnmaximierung und die Anwendung des „freien“ Preismechanismus in einer Wirtschaft wie der chinesischen, mit Sektoren auf den unterschiedlichsten Entwicklungsstufen, zu noch größeren Ungleichgewichtigkeiten geführt hätte.

<sup>5</sup> Maos Ziele sind allgemein formuliert und als politische Maximen aufzufassen. In diesem Zusammenhang eine nationalökonomisch präzise Quantifizierung zu erwarten, wäre naiv. Das gilt im übrigen für die gesamte Entwicklungsdiskussion in der Volksrepublik.

<sup>6</sup> Vgl. „Botschaft an alle Bewohner Shanghais“ in: Die Große Proletarische Kulturrevolution in China, Peking 1968, Nr. 10, S. 6–7, und Peking Review, 3/1967; ebda. Nr. 10, S. 13–19, und Peking Review, 4/1967.

tie<sup>7</sup>) als der Wurzel des neuen ländlichen Kapitalismus angegriffen. Die häufigste Zielscheibe waren die Privatgrundstücke<sup>8</sup>, die als privatkapitalistische Relikte dem Ziel einer Kollektivgesellschaft am krassesten widersprachen. An die Stelle der „materiellen Anreize“ sollte ein Verhalten im Sinne des „Geistes von Tachai“ treten, jener Produktionseinheit, wo die politische Einstellung des einzelnen schwerer wog als seine tatsächlich geleistete physische Arbeit.

Betrachtet man diese Auseinandersetzungen vom Standpunkt der Geschichte der chinesischen Wirtschaftsentwicklung aus, dann reduziert sich der mit gewaltigem ideologisch-terminologischen Aufwand geführte Kampf zweier Linien – charakterisiert einerseits durch die Hinwendung zum Revisionismus, den die rechte Politik Liu Shao-ch'is und später die „der Form nach linke, in Wahrheit aber rechte Politik“ Lin Piaos vollzogen und andererseits durch die Kampf-Kritik-Umwandlungsbewegung des durch Mao wieder angefachten Klassenkampfes gegen die „verzuckerten Kugeln“ der materiellen Anreize und für die moralischen Anreize des „dem Volke dienen“, – auf den objektiven Tatbestand einer Auseinandersetzung zweier Flügel. Vordergründig erscheinen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen und ihre ideologische Rechtfertigung in den Äußerungen der Kontrahenten diametral entgegengesetzt zu sein. In der tagespolitischen Auseinandersetzung finden wir zwar, daß die vertretenen Linien vom pragmatischen, durch technische Effizienz bestimmten Wirtschaftlichkeitsstandpunkt über zahlreiche variierende Zwischenstufen bis hin zu der extremen, utopischen Überzeugung, daß der Übergang zum Kommunismus sofort möglich sei, reichen. Eine genauere Betrachtung ergibt jedoch, daß es sich um zwei Flügel mit Abstufungen handelt, einen pragmatischen und einen ideologisch-radikaleren, die – verdeckt hinter dem Schleier ihrer gegenseitigen Anschuldigungen (hier „Wiedereinführung des Kapitalismus“, dort „Egalitarismus“, das bedeutete Gefährdung der landwirtschaftlichen Überschußproduktion) – im Grunde das gleiche Endziel anstrebten: die sozialistische Industrialisierung Chinas, und die in den wichtigsten Zügen der Grundkonzeption der zu diesem Ziele führenden Entwicklungsstrategie nur in Nuancen voneinander abwichen.

## II. Die Grundkonzeption der chinesischen Entwicklungsstrategie

Die erste Darstellung des chinesischen Eigenwegs zur wirtschaftlichen Entwicklung finden wir 1955 in Mao Tse-tungs Rede „Zur Frage des genossenschaftlichen Zusammenschlusses in der Landwirtschaft“<sup>9</sup>. Darin führte Mao aus, daß unter

<sup>7</sup> Drei Freiheiten: freier Markt, freie Privatgrundstücke und Eigenverantwortung für Gewinn und Verlust bei den Kommunebetrieben; Eine Garantie: Festlegung der Ertragsquote auf den Einzelhaushalt.

<sup>8</sup> Ich verwende hier und im folgenden den Begriff „Privatgrundstücke“ in dem Sinne der freien Verfügung über ein Stück Land hinsichtlich des Anbaus, die den chinesischen Bauern zugestanden worden ist – über die Größe ist damit nichts ausgesagt –, und vermeide den Begriff „Parzelle“, mit dem im deutschen Sprachgebrauch eine kataster- und grundbuchmäßige Erfassung verbunden ist, wovon unter den chinesischen Verhältnissen keine Rede sein kann.

<sup>9</sup> Gehalten am 31. 7. 1955; Deutsche Ausgabe vom Verlag für Fremdsprachliche Literatur, Peking 1968.

den chinesischen Bedingungen die Kollektivierung der Landwirtschaft und die sozialistische Industrialisierung eng zusammenhängen, keine dürfe einseitig betont werden. Unter dem nach sowjetischem Vorbild konzipierten ersten Fünfjahresplan (1953–57) war aber die Entwicklung der Schwerindustrie bevorzugt vor der der Landwirtschaft oder der Konsumgüterindustrie betrieben worden<sup>10</sup>. Ein beträchtlicher Teil der Investitionsmittel für die chinesische Industrie müsse, so sagte Mao nun 1955, durch die landwirtschaftliche Überschußproduktion akkumuliert werden. Die Leichtgüterindustrie liefere den Bauern dabei die benötigten Bedarfsgüter und tausche sie gegen Marktgetreide und Rohstoffe ein. Auch die Entwicklung der Leichtindustrie sei nur bei kollektiv betriebener Landwirtschaft möglich, die dem Bauern eine viel höhere Kaufkraft verleihe, als er sie augenblicklich (1955) besitze.

Erst später wurde klar, daß hier der entscheidende Wendepunkt in der chinesischen Wirtschaftspolitik lag. Es war dies die Abkehr vom sowjetischen Entwicklungsmodell und der Übergang zur Dualen Entwicklungsstrategie: an die Stelle der einseitigen Bevorzugung der Schwerindustrie auf Kosten der Landwirtschaft und der Konsumgüter, trat nun eine Politik des ausgewogenen Wachstums aller Wirtschaftssektoren<sup>11</sup>, die einerseits die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit allen Dingen des täglichen Lebens garantieren sollte, die andererseits die Interdependenz der Sektoren jeweils als Lieferanten von Rohstoffen, bzw. Produktionsmitteln oder Konsumgütern und als Abnehmer von Produktionsmitteln oder Konsumgütern, bzw. Rohstoffen die Grundlage für die künftige Politik des „Selbstvertrauens“ und des „Aufbaus aus eigener Kraft“ bildete<sup>12</sup>.

Diese neue Politik, die von Mao in seiner Rede „Über die richtige Behandlung von Widersprüchen im Volke“<sup>13</sup> noch einmal umrissen wurde, lieferte die Ansätze für den Großen Sprung und die Gründung der Volkskommunen (ab 1958), die beide als Verwirklichung der Strategie „des Gehens auf zwei Beinen“ gelten können, der

<sup>10</sup> Für diese Vorgänge vgl. die einschlägigen Abschnitte in den Standardwerken: Jan S. Prybyla: *The Political Economy of Communist China*, Scranton 1970, p. 110–145; *An Economic Profile of Mainland China*, Joint Economic Committee of the U.S. Congress, New York 1968, darin hauptsächlich der Beitrag von Arthur G. Ashbrook jr.: *Main Lines of Chinese Communist Economic Policy*, 15–44, p. 21–23; Alexander Eckstein, Walter Galenson and Ta-chung Liu (eds.): *Economic Trends in Communist China*. Chicago 1968, passim. Vgl. u. a. auch Shigeru Ishikawa: *Choice of Techniques in Mainland China*. In: *The Developing Economies. Preliminary Issue No. 2* (Tokyo, September–December 1962), 23–56, p. 24 und 34.

<sup>11</sup> Ishikawa, a.a.O., p. 25, und in dem Aufsatz: *A Note on the Choice of Technology in China*. In: *The Journal of Development Studies*, Vol. 9 No. 1 (London, October 1972), 161–186, p. 164–65, betont meines Erachtens für die Zeit nach der Einführung des dualistischen Modells zu sehr die „Wachstumsmaximierung“. Diesen Begriff wird man in den chinesischen Quellen überhaupt nicht finden. Übrigens gesteht Ishikawa in: *A Note on the Choice . . .*, a.a.O., p. 176: „I have inferred what must be in the planners' minds.“

<sup>12</sup> Nur am Rande sei erwähnt, daß sich für den zeitlichen Ablauf des chinesischen Entwicklungsplans insofern eine Änderung ergab, als nun die volle sozialistische Kollektivierung postuliert wurde, bevor ausreichend Geräte zur Mechanisierung der Landwirtschaft zur Verfügung standen. Als Ziel erscheint die völlige gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderung Chinas zum vollindustrialisierten Lande.

<sup>13</sup> Gehalten am 27. 2. 1957, abgedruckt in RMRB vom 19. 6. 1957; deutsche Ausgabe vom Verlag für Fremdsprachliche Literatur, Peking 1967 und später.

Strategie, die eine gleichzeitige Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft, der Schwer- und Leichtindustrie, der zentral und der lokal geleiteten Unternehmen, unter Verwendung moderner und traditioneller Technologie, sowie zentralisierte Führung und Teilnahme der Massen an den die nationale Produktion betreffenden Entscheidungen vorsah.

Auch nach dem Abbruch des Großen Sprungs wurde in der nachfolgenden Phase der „Konsolidierung und Anpassung“ (1961–65), in der Liu Shao-ch'i verantwortlich für die Wirtschaftspolitik war, diese duale Entwicklungspolitik befolgt. Damals kam die bis zum heutigen Tage gültige Parole „Entwicklung der Volkswirtschaft mit der Landwirtschaft als Basis und der Industrie als führendem Faktor“ auf. Die Reihenfolge der Prioritäten: Landwirtschaft, Leichtindustrie, Schwerindustrie (nóng-qing-zhòng) gilt, gleichfalls bis heute, als unumstößlich festgelegt<sup>14</sup>. Diese Grundkonzeption ist seit der Kulturrevolution immer wieder bestätigend zitiert worden<sup>15</sup>.

Da der Neunte Parteitag (1969), der allgemein als offizielle Beendigung der Kulturrevolution gilt, nichts über die Wirtschaftspolitik sagte, kann man den Artikel „Chinas Weg zur sozialistischen Industrialisierung“ in der Oktobernummer 1969 des theoretischen Parteiorgans „Rote Fahne“ (Hong Qi)<sup>16</sup> als einen Hinweis auf die offizielle Auffassung ansehen. Neben der Aufforderung, unabhängig zu sein und sich auf die eigene Kraft zu verlassen, an der politischen Führung durch das Proletariat festzuhalten, die Massenbewegungen zu fördern, gegen Krieg und Hungersnot Vorbereitungen zu treffen, wird ausdrücklich die „richtige“ Behandlung der Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft und zwischen Schwer- und Leichtindustrie erwähnt. Maos Weg der Industrialisierung bestehe darin, eine Reihe von Leichtindustrien und die Landwirtschaft zu entwickeln und sie zur Entwicklung der Schwerindustrie zu benutzen.

Man kann die Tatsache, daß sich die Fälle der Erwähnung der Grundkonzeption seit dem Frühjahr 1972 in den Quellen häufen<sup>17</sup>, vielleicht damit erklären, daß nach einer Anzahl von Jahren mit überdurchschnittlichen Ernteergebnissen gewisse Kräfte in der Parteiführung der Ansicht waren, es sei nun an der Zeit, die Gewichtungen im Entwicklungsmodell anders zu lagern. Jedenfalls sah sich die „Rote Fahne“ im Juni 1972 genötigt, „die Erfahrungen bei der richtigen Behandlung der Beziehungen zwischen Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie zusammenzufassen“<sup>18</sup>. Die vorläufig jüngste Erwähnung der Entwicklungsprinzipien der chinesischen Wirtschaftspolitik findet sich in der Dezembernummer 1973 der „Roten Fahne“ in dem Aufsatz „Entwickelt die Industrie – Unterstützt die Landwirtschaft“<sup>19</sup>, wo darauf hingewiesen wird, daß eine gute Ernte im folgenden

<sup>14</sup> Vgl. die „Allgemeine Politik“ des 10. Plenums des VIII. ZK (24.–27. 9. 1962). Und: Das Zehn-Punkte-Programm Chou En-lais vor dem Nationalen Volkskongreß am 16. 4. 1962.

<sup>15</sup> Vgl. meinen Aufsatz: Agricultural Development and Politics in the People's Republic of China since the Cultural Revolution. In: The Economic Future of the Far East and South East Asia, Proceedings of the 11th Working Session, Brussels 1973, 172–226, mit ausführlichen Quellenangaben.

<sup>16</sup> HQ 10/1969, S. 22–31, Zitat S. 29.

<sup>17</sup> z. B. Anhwei Provinz-Rundfunk (SWB) 21. 4. 1972; Hupei Provinz-Rundfunk (SWB) 24. 4. 1972.

<sup>18</sup> HQ 6/1972, S. 46–53. Dieser Artikel wurde am 22. 6. 1972 in RMRB nachgedruckt.

<sup>19</sup> HQ 12/1973, S. 68–72.

Jahr unmittelbar eine schnellere Entwicklung der Industrie ergebe und daß eine schlechte Ernte das industrielle Wachstum verlangsame und die gesamte Volkswirtschaft beeinträchtige. Deshalb müssen die Industriearbeiter die Bauern mit fortschrittlicher Ideologie führen und mit einer mächtigen sozialistischen Industrie unterstützen.

### Die Dialektik der Wirtschaftssektoren

Die derzeit gültige Entwicklungsstrategie der Volksrepublik China kann nach den offiziellen Verlautbarungen wie folgt umrissen werden<sup>20</sup>: Als Konsequenz der Wirtschaftspolitik Mao Tse-tungs hat sich die chinesische Landwirtschaft ständig entwickelt und ihrerseits die rasche Entwicklung von Leicht- und Schwerindustrie angeregt. Das Resultat dieser Politik sind ein lebhafter Binnenmarkt, Preisstabilität und ein reiches Angebot von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Nebenprodukten und Waren für den täglichen Bedarf. Alle drei Wirtschaftssektoren hängen gegenseitig von einander ab, ergänzen und fördern einander. Die wachsenden Lieferungen landwirtschaftlicher Rohstoffe, Nebenprodukte und Nahrungsmittel für die Leichtindustrie, wo sie verarbeitet werden oder der Ernährung der Arbeiter dienen, bringen den Bauern wachsende Einkünfte und stimulieren so gleichzeitig die Entwicklung der Landwirtschaft. Höhere ländliche Einkommen bedeuten andererseits vermehrten Absatz für die Konsumgüterindustrie, deren Wachstum ihrerseits wieder (über die erwirtschafteten Überschüsse) Investitionsmittel für die Schwerindustrie bedeutet. Letztere kann dann der Leichtindustrie und der Landwirtschaft mehr Maschinen, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel liefern, wodurch wiederum die Entwicklung dieser Sektoren gefördert wird. Zuerst muß die Landwirtschaft wachsen, dann erst darf die Leichtindustrie folgen, und erst wenn diese beiden zugenommen haben, darf die Schwerindustrie sich vergrößern. Das Wachstum der Schwerindustrie „schlägt dann um“ in ein Wachstum von Landwirtschaft und Leichtindustrie. Dies ist die Entwicklungsdialektik von Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie. Bevorzugte Zuteilung von Arbeitskräften, Kapital, Ausrüstungen und Rohmaterialien an Landwirtschaft und Leichtindustrie bedeutet nur kurzfristig eine Verzögerung der schwerindustriellen Entwicklung. Haben die beiden anderen Sektoren nämlich langfristig gesehen einmal den gewünschten Stand erreicht, dann wird das Entwicklungstempo der Schwerindustrie schnell aufholen. Wenn man aber die Entwicklungsdialektik nicht versteht und jetzt schon die Schwerindustrie bei den Allokationen bevorzugt, wird man das angestrebte Ziel einer modernen, sozialistischen Wirtschaft nicht erreichen. Unterentwickelte Landwirtschaft und Leichtindustrie bedeuten nämlich auch unterentwickelte Schwerindustrie.

Das ursprüngliche sowjetische Entwicklungsmodell wird heute ausdrücklich als einseitige Entwicklung der Schwerindustrie charakterisiert und deshalb abgelehnt. Seine Konsequenzen seien eine rückständige Landwirtschaft, akuter Mangel an Agrarprodukten und Konsumgütern, minderwertige Qualität (der Waren), Ausbeu-

<sup>20</sup> Die folgende Zusammenfassung referiert hauptsächlich die Argumentation in HQ 6/1972, S. 46–53, vor allem die Seiten 47, 49, 51 und 52.

tung durch (Aufkommen) eines kapitalistischen freien Marktes, rapide steigende Preise und Leiden für die arbeitende Bevölkerung<sup>21</sup>.

Weil der Entwicklungsstand der chinesischen Landwirtschaft immer noch niedrig, die Mechanisierung noch sehr rückständig ist und die Produktion weitgehend manuell erfolgt, wird die Frage der Allokation von Arbeitskräften in diesem Stadium entscheidend<sup>22</sup>. Die Industrie muß natürlich der Landwirtschaft durch die Lieferung von Maschinen und Kunstdünger helfen. Sie darf aber dabei keinesfalls die Landwirtschaft durch Abziehen von Arbeitskräften schädigen. Die Zuerteilung der Arbeitskräfte muß entsprechend dem jeweils erreichten Entwicklungsniveau der Agrarproduktion, rational auf Grund des Gesamtplanes und unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte erfolgen. Die Entwicklung der Industrie soll weniger durch die simple Methode des Baues neuer Betriebsanlagen und der Beschäftigung größerer Arbeiterzahlen als dadurch bewerkstelligt werden, daß durch Bewußtmachung der Linie, die technischen und beruflichen Fähigkeiten der Arbeiter, Kader und Techniker auf ein höheres Niveau gehoben, die Möglichkeiten der vorhandenen Produktionsausrüstungen und des Arbeitskräftepotentials wirkungsvoller ausgenützt werden, mit anderen Worten, durch Steigerung der Produktivität. Parallel dazu erfolgen Massenbewegungen mit dem Ziel, in großem Umfang technische Neuerungen, Steigerungen des Ausstoßes und Qualitätsverbesserungen unter Verwendung von wenig oder keinen neuen Arbeitskräften zu erringen.

Die Bemerkungen Chou En-lais zu Wirtschaftsfragen auf dem Zehnten Parteitag (1973)<sup>23</sup> beschränkten sich auf die Wiederholung des Prinzips von der „Landwirtschaft als Basis und der Industrie als führendem Faktor“ und der Politik des „Gehens auf zwei Beinen“, der Unabhängigkeit, des Selbstvertrauens, von hartem Kampf, Fleiß und Sparsamkeit. In neuester Zeit wird zugegeben, daß in der Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie kein harmonisches Gleichgewicht zu erwarten sei<sup>24</sup>. Die Entwicklung der Industrie müsse dem Niveau der Landwirtschaft angepaßt werden. Dabei solle die Industrie aber durchaus über ihre Unterstützung des Ausbaus der Agrarproduktion lenkend und führend aktiv werden. Es wird klar ausgesprochen, daß die Wachstumsraten der Industrie, vor allem des schwerindustriellen Sektors, schneller sind und sein sollen als die in der Landwirtschaft. Nur dürfe eben die Industrie von ihrer Basis, der Landwirtschaft, nicht abgeschnitten werden. Gleichzeitige Entwicklung bedeute nicht Einsatz der Produktivkräfte überall in gleichem Maße, weil zu jedem Zeitpunkt der Entwicklung ein bestimmter Schwerpunkt gewählt werden müsse. In der Gegenwart gelte, daß größere Anstrengungen in der Landwirtschaft schließlich in schnellerer Entwicklung der Industrie resultieren werden<sup>25</sup>.

Der Stellenwert der Landwirtschaft im Rahmen der gegenwärtigen chinesischen Wirtschaftsentwicklung ist damit klar herausgearbeitet: Die von ihr erwirtschaftete

<sup>21</sup> HQ 8/1972, S. 53.

<sup>22</sup> Quelle für die in diesem Abschnitt zusammengefaßten Entwicklungsgrundsätze: s. Anmerkung (20).

<sup>23</sup> RMRB 1. 9. 1973.

<sup>24</sup> HQ 3/1973, S. 30–31.

<sup>25</sup> HQ 10 1972: „Landwirtschaft und Industrie treiben sich gegenseitig vorwärts“, S. 37–43, vor allem S. 38–39.

ten Überschüsse dienen als Initialzündung der Entwicklung und sind in späteren Zeitabschnitten noch lange Hauptmotor für die Gesamtwirtschaftsentwicklung<sup>26</sup>.

### III. Die Probleme der wirtschaftlichen Realität

Die vorausgehenden Abschnitte sollten zeigen, daß strategische Grundkonzeption und ideologische Rechtfertigung der chinesischen wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie seit dem Großen Sprung im wesentlichen unverändert geblieben sind. Es überrascht jedoch nicht, wenn man bei der Behandlung bestimmter Einzelprobleme, über die die Grundkonzeption in ihrem Elan nichts aussagt, Schwankungen und Abweichungen findet. Es ist dies die Ebene der praktischen, alltäglichen Wirtschaftspolitik, hier wird der „große Plan“ Maos mit der Realität konfrontiert.

Es würde selbstverständlich den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, wollte man allen Verästelungen und Einzelfragen nachgehen. Es sollen nur einige der Hauptpunkte berührt werden, die beim Lesen chinesischer Quellen auffallen.

Die Wirtschaftspolitik der Volksrepublik ist gekennzeichnet durch große Flexibilität und Eingehen auf die Wünsche der Bevölkerung. Nach den ideologischen Spannungen der Kulturrevolution ist jetzt wieder, wie in den Jahren 1961–65, ein wirtschaftlicher Pragmatismus vorherrschend, der in vielen Punkten den Forderungen der Kulturrevolution direkt widerspricht. Doch ist auch diese neue Politik nicht unverrückbar festgelegt. Seit Frühjahr 1973 lassen die Betonung von Parteilinie bei der Kaderausbildung und -führung sowie die Hervorhebung des Gesamtstaatsinteresses in der Plandiskussion künftig wieder eine stärkere Betonung der Ideologie erwarten.

#### Die ländliche Industrialisierung

Im Gesamtentwicklungsplan ist ein Element der Industrialisierung nicht ausdrücklich erwähnt worden, das von großer Wichtigkeit ist. Unter der Politik des Gehens auf zwei Beinen entstanden lokale Reparaturwerkstätten und Fertigungsbetriebe, eine lokale Industrie, klein und oft primitiv ausgestattet, aber doch der Ansatzpunkt einer zukünftigen Industrialisierung. Hier wurden und werden eine Vielzahl von Chinesen zum ersten Mal mit den Problemen der Technik und der industriellen Fertigung bekannt gemacht. Der entwicklungspolitische Gedanke war, die latenten und saisonale Unterbeschäftigung auf dem Lande auszunützen, damit die Versorgung mit einfachen Werkzeugen zu sichern, den ländlichen Lebensstandard zu heben und eine Abwanderung in die Städte zu verhindern, wo neben dem Mangel an Arbeitsplätzen Transportschwierigkeiten die Ernährung erschwert hätten. Während moderne Großbetriebe den Rückgrat bilden, ohne das eine Industrialisierung undenkbar ist, wird die Mehrzahl der Industrieunternehmen zunächst klein oder mittelgroß sein<sup>27</sup>, die sogenannten „fünf kleinen Industrien“: kleine Eisen-

<sup>26</sup> Es handelt sich hierbei um den Vorgang, den Ishikawa als „investment-inducement mechanism“ der Entwicklung im traditionellen Sektor bezeichnet. Ishikawa: A Note on the Choice . . ., a.a.O., p. 169, 171.

<sup>27</sup> Vgl. Mao Tse-tung: „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke“, a.a.O. — HQ 2/1973, S. 39 ff.

und Stahlwerke, kleine Kohlenbergwerke, kleine Maschinenfabriken, kleine Chemiewerke und kleine Wasserkraftwerke. Die chinesische Auffassung dabei ist, daß, da alles klein anfange und dann wachse, auch ein kleines Industrieunternehmen zu einem Großbetrieb heranwachsen könne. Gegenwärtig ist entscheidend, daß ein solches Werk schnell errichtet werden kann und sich schnell rentiert. Der besseren Übersicht wegen sind die staatlichen Stellen außerdem der Ansicht, daß hier Arbeiter und Techniker besser ausgebildet werden können als in Großbetrieben. Dabei soll der Schwerpunkt auf der Rohstoffgewinnung liegen. Lokale Gewinnung und Verarbeitung treibt sowohl die regionale Industrialisierung voran, wie die dort produzierten Güter der Landwirtschaft helfen und ihre Mechanisierung fördern<sup>28</sup>, was sich in erhöhter Agrarproduktion niederschlägt. Nicht zu übersehen sind auch die geringeren Kosten, die beim Bau eines kleinen Industriebetriebs entstehen, wodurch er für regionale Körperschaften erschwinglich wird. Diese Unabhängigkeit von staatlicher Finanzhilfe ist eine Seite, die andere ist die nach Beendigung der Kulturrevolution wieder betriebene Politik der Dezentralisierung, für welche, außer den angeführten Gründen, auch strategische Überlegungen sprechen. Seit Sommer 1969 trat nämlich die Devise „für den Krieg vorbereitet“ zu sein, zu den Prinzipien des „Selbstvertrauens und harten Kampfes“, mit denen der Ausbau der Kleinindustrie bislang propagiert worden war.

Bis Ende 1971 verfügten 90% aller **hsien** (Kreise) über Fabriken, in denen landwirtschaftliche Maschinen gebaut oder repariert werden konnten<sup>29</sup>. Der technische und qualitative Stand dieser kleinen Fabriken ist sehr unterschiedlich. Die Aufrufe zur Qualitätsverbesserung und Anwendung rationellen Managements (s. u.) erstrecken sich auch auf die größeren unter ihnen. In diesen Rahmen gehört auch, daß die Instandhaltung der Maschinen beachtet und für ausreichende Lieferung von Ersatzteilen gesorgt werden muß, Dinge, die — weil sie offenbar weniger gut honoriert werden — bisher vernachlässigt worden sind<sup>30</sup>.

Das Anwendungsfeld der Parole vom „Selbstvertrauen auf eigene Kraft“ als Leitfaden für die industrielle Entwicklung ist heute auf das — immer noch riesige — Gebiet der Mittel- und Kleinbetriebe reduziert worden. Organisatorisch sind sie in einem Drei-Stufen-System des Eigentums den Kreisen, Volkskommunen oder Produktionsbrigaden unterstellt<sup>31</sup>. Mit weniger als 500 Arbeitern, oft sind sie nur mechanische Werkstätten, mit Maschinen, die selbstkonstruiert sind oder aus der Schwerindustrie stammen, üben sie zwei wichtige Funktionen aus: bessere Ausnützung lokaler Rohstoffquellen und Ausbildung einer ländlichen Industriearbeiterschaft (s. o.).

1973 waren gewisse Anzeichen dafür vorhanden, daß die Großzügigkeit, mit der die Zentrale in den letzten Jahren die regionalen Gremien eigenständige Industrialisierungspolitik betreiben ließ — so gibt es Beispiele, wo Großbetriebe von Provinzkomitees gegründet wurden —, ihrem Ende entgegengeht. Der wiederholte Aufruf, das Ganze im Gegensatz zu lokalen Interessen ins Auge zu fassen, deutet auf zukünftig stärkere Betonung der zentralen Führung und Planung hin.

<sup>28</sup> HQ 2/1972, S. 70.

<sup>29</sup> RMRB 25. 12. 1971.

<sup>30</sup> RMRB 24. 6. 1973; HQ 4/1973, S. 39 ff.

<sup>31</sup> Jon Sigurdson: Rural Industry. In: China Quarterly 50 (April—June 1972), 315—332.

## Die Mechanisierung der Landwirtschaft

Die Mechanisierung der Landwirtschaft kann als Sonderfall der ländlichen Industrialisierung aufgefaßt werden. Ihre Rolle ist kurz umrissen folgende: Steigerung der ländlichen Arbeitsproduktivität und des Wohlstandes, Akkumulation von Investitionskapital, schließlich Freisetzung von Arbeitskräften für die Industrie. Dies ist die technische Revolution, die die mit der Kollektivierung der chinesischen Landwirtschaft begonnene Umstrukturierung beenden soll: von der Handarbeit zum Maschineneinsatz. Nur durch sie kann die Konsolidierung und Weiterbildung der Kollektivwirtschaft garantiert werden.

Die lokalen Kleinbetriebe werden Wasserpumpen, Dieselmotoren, elektrische Anlagen liefern, aber auch z. B. die Reissetzmaschine, die von einer solchen Kleinwerkstatt selbst konstruiert worden ist. Traktoren und Mährescher können nur in Großbetrieben erzeugt werden. Hier aber setzen die Probleme ein. Die „Unterstützung der Landwirtschaft“ gilt offenbar in Industriekreisen als unrentabel, denn der Produktionswert der gelieferten Güter ist nach chinesischen Aussagen nicht hoch, Serviceleistungen und Reparaturen schließlich schlagen sich nicht in den Produktionserfolgsstatistiken nieder. Seit Ende der Kulturrevolution ergehen regelmäßig entsprechende aufklärende Aufrufe an die Industrie<sup>32</sup>.

Nach Maos Lehre, wonach der Ausweg für die Landwirtschaft in der Mechanisierung liege, gilt, daß ohne die Hilfe der Industrie eine Entwicklung der Landwirtschaft unmöglich ist. Die Kosten der Mechanisierung erschienen einigen (namentlich nicht genannten) Funktionären zu hoch, als daß sie die Volkskommunen ohne Staatshilfe tragen könnten. Gegen diese Argumentation wurden 1971 Ch'en Yung-kuei, der Parteisekretär von Tachai, aufgeboten, der zwar die Pflicht von Staat und Industrie, die Landwirtschaft zu unterstützen, nicht verneinte, aber das Hauptgewicht auf die Selbsthilfe legte: selbst müsse man die Investitionsmittel finden, selbst Rohstoffe aufspüren und Maschinen selbst bauen und reparieren<sup>33</sup>.

## Das Allokationsproblem

Das Allokationsproblem ist schon angesprochen worden. Ist die Landwirtschaft die Basis der Entwicklung, dann wird sie mit Leicht- und Schwerindustrie in Konkurrenz um die Arbeitskräfte und Finanzmittel treten. Ganz besonders gilt dies für die Lokalindustrien, in diesem Falle kommt noch die Konkurrenz um die Rohstoffe hinzu. Dieses Grundproblem der chinesischen Wirtschaftspolitik zieht sich wie ein roter Faden durch die Entwicklungsdiskussion, wie sie oben in Teil 2 dargestellt wurde. Die Gründung lokaler Kleinunternehmen dürfe unter keinen Umständen die landwirtschaftliche Produktion stören. Freilich, ein Gleichgewicht zwischen Industrialisierung und Landwirtschaft in Sachen Arbeitskräftepotential zu erzielen, ist nicht leicht. Die Zentrale hat deshalb eine Priorität für die Landwirtschaft erklärt, die 1971 auch gegenüber so schlaun Argumenten galt wie: da die lokale Industrie der Landwirtschaft helfe, dürfe man ihr den benötigten Bedarf an Arbeitern aus

<sup>32</sup> Vgl. als Beispiele: HQ 10/1969, S. 30; HQ 10/1971, S. 10; Guangming Ribao (Peking) 18. 4. 1973.

<sup>33</sup> RMRB 11. 9. 1971.

den Dörfern zuweisen. Nach offizieller Auffassung ist dies falsch, da auf solche Weise die agrarische Erzeugung gestört würde<sup>34</sup>.

Im Jahre 1973 übernahmen dort, wo die Industrialisierung schon weiter gediehen ist, die für den Plan verantwortlichen Partei- und Revolutionskomitees die Zuteilung von Investitionskapital, Bau- und Rohstoffen an die örtliche Leichtindustrie. Dies wird mit der Eigenschaft der Leichtindustrie als rohstoffverarbeitende Industrie gerechtfertigt. Durch den Absatz von Rohstoffen werde ja die allseitige Entwicklung der Landwirtschaft angeregt<sup>35</sup>.

Während der landwirtschaftlichen Hauptarbeitszeit (Frühjahr und Sommer) verbleibt heute in vielen Kleinbetrieben nur ein Reparaturstammpersonal zurück, die Mehrzahl der Arbeitskräfte wird zu bäuerlichen Arbeiten abgestellt, in welcher sie während der übrigen Zeit keine ausreichende Beschäftigung finden würden<sup>36</sup>.

### Betriebsmanagement

Als Gradmesser für den Entwicklungsstand mögen die für die Großbetriebe seit einiger Zeit feststellbaren Forderungen nach Qualitätskontrolle der Produkte, fachgerechtem Management und der Verwendung von Betriebsbuchhaltungssystemen gelten. Fachwissen ist wieder gefragt. Seit in der Kulturrevolution die Betriebsversammlungen ein gewisses Mitspracherecht in Fragen der Leitung und Personalpolitik erhalten hatten, dominierten die Linie und die korrekte politische Haltung. Das Verhältnis von Politik zu Fachfragen wurde so definiert, daß man beruflich schwer für die Revolution arbeiten müsse, das sei sozialistisches Management, wer aber berufliche Fragen in den Vordergrund rückt, ist ein revisionistischer Experte<sup>37</sup>. Die sich ankündigende Reform des Betriebsmanagements und die Wiedereinführung von fachlichen Kriterien ließ die Arbeiterschaft fürchten, daß das Management wieder übermächtig werden und Disziplin zur Unterdrückung ausarten würde. Andererseits fehlte es an entsprechenden Fachkräften, entweder weil man sie früher nicht ausgebildet hatte oder weil sie bisher noch nicht wieder in die Positionen zurückgekehrt sind, die sie vor der Kulturrevolution innehatten<sup>38</sup>. In der Praxis scheint sich eine Kombination von Massenaktivität, beraten und ergänzt durch Fachleute, herauszubilden. Regeln und Anweisungen gelten nun nicht mehr als Fesseln für die Arbeiter, sondern die Notwendigkeit administrativer Anordnungen wird bejaht. Darunter fallen auch Statistiken, Betriebsabrechnungen und -archive<sup>39</sup>.

Als äußeres Zeichen für eine Wende in der Betriebspolitik kann die Wiederaufnahme der „Drei-in-eins“-Kombinationen von Arbeitern, Technikern und Kadern bei „Entwurf, Konstruktion und Produktion“ nach dem Vorbild der „Betriebsord-

<sup>34</sup> RMRB 5. 5. 1971.

<sup>35</sup> RMRB 10. 5. 1973.

<sup>36</sup> RMRB 14. 2. 1973.

<sup>37</sup> Ssuehuan Provinz-Rundfunk (SWB) 4. 1. 1973. — Vgl. zum ganzen Thema meinen Beitrag: Re-emergence of Economic Pragmatism as a Pre-condition for the Foreign Policy of the People's Republic of China. In: Proceedings of the 12th Working Session: Political and Economic Implications of the Cease-Fire in Vietnam, Brussels 1973, K1—K27.

<sup>38</sup> RMRB 18. 1. 1971; 8. 10. 1971 und 1. 4. 1972.

<sup>39</sup> HQ 4/1972, S. 27—32.

nung des Eisen- und Stahlkombinats Anshan<sup>40</sup> gelten. Dem entspricht die Betonung der kollektiven Führungsstruktur und die Hervorhebung erfahrener Arbeiter in Führungspositionen<sup>41</sup>. Vielleicht soll damit die unbestreitbare Verschärfung der Arbeitsdisziplin in den Betrieben ideologisch gerechtfertigt werden. Denn neben der Erfüllung des Plans gilt die Aufrechterhaltung hoher Qualität auch bei Massenfertigungen als wichtigste Aufgabe<sup>42</sup>.

Einen noch größeren Raum nehmen die Aufforderungen zum sparsamen Wirtschaften überhaupt, besonders zum sparsamen Einsatz der Rohstoffe, zur Einsparung von Arbeitskräften bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung – man empfiehlt die Verringerung des Verwaltungsapparats –, und zu rationellerer Betriebsführung ein. Für jeden Punkt werden Beispiele von Betrieben angeführt, wo dies vorbildlich gelungen ist<sup>43</sup>.

Seit Ende 1972 hört man auch wieder vom „Arbeits-Wettbewerb“ (láo-dòng jìng-sài). Obwohl sich durch die damit verbundene Zahlung von Prämien (jiang-li) schwere ideologische Probleme ergeben („Arbeiten für Geld“ – und nicht für die Revolution; „Produktion an die erste Stelle setzen“), wird berichtet, daß ihre Einführung die Arbeitseffizienz sofort steigerte<sup>44</sup>.

Die Sparsamkeits- und Wirtschaftlichkeitskampagne machte auch vor der Landwirtschaft nicht halt, dennoch sind Erwähnungen relativ selten. Die praktischen Ratschläge richteten sich bisher auf die Steigerung der natürlichen Düngemittelproduktion (Schweine), um Geldausgaben für Kunstdünger zu sparen<sup>45</sup>. Offenbar wird in neuester Zeit mit der Einführung eines rationellen Betriebsmanagements auch in der Landwirtschaft Ernst gemacht. Aus der Provinz Anhwei wird von einem dreigliedrigen Abrechnungssystem berichtet, das es ermögliche (1) die Zuwachsrate der Agrarproduktion absolut und pro Kopf zu berechnen; (2) eine genaue Aufstellung über die geleisteten Ablieferungen an den Staat zu erstellen, wobei sich eine sehr niedrige Pro-Kopf-Quote ergab; und (3) fortschrittliche und rückständige Regionen zu vergleichen. Unbeabsichtigt wird mit der sich dieser Aufstellung anschließenden Feststellung: „Ohne Abrechnungen auf- und Vergleiche angestellt zu haben, waren wir selbstzufrieden. Nach diesen Berechnungen waren unsere Herzen bekümmert“<sup>46</sup> dem Außenstehenden ein plastischer Eindruck vermittelt von den wahren, noch weitgehend vorindustriellen Zuständen in der chinesischen Landwirtschaft, zumindest was das Betriebsmanagement angeht.

Über der Forderung nach rationeller Betriebsführung steht das Gesamtinteresse des Staates. So kann von einem Einzelbetrieb die Durchführung einer für diesen an sich unrentablen Produktionsaufgabe verlangt werden, wenn gewährleistet ist,

<sup>40</sup> Von Mao Tse-tung am 22. 3. 1960 aufgestellt. – Eine deutsche Übersetzung findet sich in: Bettelheim, Macchiocchi u. a.: China 1972, Ökonomie, Betrieb und Erziehung seit der Kulturrevolution, hrsg. von Dietmar Albrecht, Rotbuch 42 (1972), S. 68–69.

<sup>41</sup> z. B. RMRB 4. 6. 1973 und 11. 6. 1973.

<sup>42</sup> HQ 5/1972, S. 40–44.

<sup>43</sup> HQ 2/1972, S. 54–58; HQ 11/1972, S. 59–62; HQ 3/1973, S. 46–48; RMRB 11. 2. 1973.

<sup>44</sup> Kuangtung Provinz-Rundfunk 9. 11. 1972. Anhwei Provinz-Rundfunk 24. 12. 1972. Neueste Beispiele: Kansu Provinz-Rundfunk 10. 10. 1973. Shansi Provinz-Rundfunk 15. 10. 1973 (alle SWB).

<sup>45</sup> HQ 2/1972, S. 67–72. HQ 3/1973, S. 28.

<sup>46</sup> RMRB 15. 6. 1973.

daß das Endprodukt dem Staate im Gesamtzusammenhang einen Nutzen abwirft. Dies nennt man dann revolutionäre Betriebsbuchhaltung<sup>47</sup>.

Persönliche Beziehungen dürfen bei der Erfüllung der Produktionsaufgaben keine Rolle spielen. Neu ist die Feststellung, daß die Kooperation zweier sozialistischer Betriebe und der Austausch wechselseitig benötigter Waren erlaubt, ja geradezu ein objektives Gebot sozialistischer Großproduktion sei. Unklar ist, ob hier der Plan umgangen werden darf. Der Hinweis, daß es sich nicht um die Interessen einer kleinen Gruppe handle, sondern um die Sorge und Hilfe füreinander, könnte andeuten, daß sich zwischen einzelnen sozialistischen Großbetrieben Beziehungen angebahnt haben, die ursprünglich nicht im Plan festgelegt waren. Auf jeden Fall habe es nichts zu tun mit kapitalistischen Beziehungen durch die Hintertür zu privatem Nutzen. Gemeinsames revolutionäres Interesse bekämpfe das Sichabschließen voneinander<sup>48</sup>.

### Die agrarische Nebenproduktion

In der Landwirtschaft hatte man seit 1968 durch die Wiederbelebung des schon in Vergessenheit geratenen „Nationalen Agrarentwicklungsprogrammes“ von 1956 Produktionsrichtzahlen eingeführt<sup>49</sup>. Vor allem etwa seit 1970 nehmen die Erfolgsmeldungen einzelner Kommunen und Kreise zu, wo dieses Ziel inzwischen erreicht oder übertroffen worden ist. Sobald die Getreideproduktion für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ausreicht, entsteht die Frage nach der Beziehung zwischen Getreideanbau und den sogenannten Nebenproduktionen, anders ausgedrückt: zwischen Getreidemonokultur und einer breitgefächerten landwirtschaftlichen Erzeugung. Seit der Einführung der „Acht-Zeichen-Charta“ für die Landwirtschaft und dem Großen Sprung sind Nebenproduktionen ein Teil des staatlichen Anbauplanes. In der Diskussion werden sie nur dann angegriffen, wenn sie für private Vorteile mißbraucht worden sind und wenn die Hauptaufgabe der Landwirtschaft, die Erzielung von Getreideüberschüssen, deswegen litt. Der Anbau von Obst, Gemüse, Ölfrüchten oder die Zucht von Baumschößlingen ist finanziell lukrativer als die Beschränkung auf Getreide. Das Argument, „Geld fürs Kollektiv verdienen“, indem man auf solche Nebenproduktionen ausweicht, läuft der Beachtung der Gesamtsituation zuwider, ist also eine Form des Individualismus. Die Teile müssen sich jedoch dem Ganzen unterordnen. Für das Gelingen des Planes ist die Dialektik der Interdependenz und gegenseitiger Förderung von Getreideanbau und pflanzlichen Rohstoffen von Landwirtschaft einerseits und Forstwesen, Viehzucht, Nebenproduktionen und Fischerei andererseits zu beachten<sup>50</sup>. Das darf bei der Allokation von Arbeitskräften und Anbaufläche nicht außer acht gelassen werden.

<sup>47</sup> HQ 2/1973, S. 43.

<sup>48</sup> HQ 5/1973, S. 16–17. Anhwei Provinz-Rundfunk (SWB) 11. 8. 1973.

<sup>49</sup> Ursprünglich war er für die Jahre 1956–67 gedacht gewesen und vom ZK im Januar 1956 und in einer revidierten Form am 25. 10. 1957 angenommen worden. Er legte fest, daß innerhalb von 12 Jahren, beginnend mit dem Jahre 1956, der durchschnittliche mu-Ertrag (15 mu = 1 ha) in den Gebieten nördlich des Gelben Flusses auf 400 catties (1 catty = 604,6 g), in denen zwischen Gelbem Fluß und Huai-Fluß auf 500 catties und in denen südlich des Huai auf 800 catties steigen solle.

<sup>50</sup> HQ 2/1973, S. 53. — Vgl. auch HQ 6/1973, S. 54.

Zur Erreichung der Anbauziele bei Getreide und Baumwolle muß die Nebenproduktion auf ungünstige Böden und Randstücke ausweichen. Das ist die eine Seite. Zunehmend wird aber auch darauf hingewiesen, daß eine breitgefächerte landwirtschaftliche Erzeugung schneller Investitionsmittel für die landwirtschaftliche Mechanisierung erbringe. In diesem Dilemma überläßt die Führung offenbar den lokalen Komitees entsprechend den örtlichen Bedingungen, einen Ausweg zu suchen. Denn auch die Entwicklung der Leichtindustrie ist ohne die Lieferung von ausreichenden Rohstoffmengen undenkbar: Baumwolle, Hanf, Ölfrüchte, Seide, Tee, Zucker, Gemüse, Tabak, Obst, Heilkräuter und andere Erzeugnisse<sup>51</sup>. Für das prosaische Problem der ausreichenden Versorgung mit Dünger bleibt beim derzeitigen Stand der chemischen Industrie die Sparte Schweinezucht innerhalb der Nebenproduktion in hohem Maße verantwortlich. Die Forderungen steigen von „einem Schwein pro Kommunehaushalt“ bis zu „einem Schwein pro Kommunemitglied“. Dabei wird zugestanden, daß der gelieferte Mist von der Produktionseinheit bezahlt werden müsse, auch solle das Kommunemitglied bei der Futterbeschaffung für die Tiere finanziell unterstützt werden: Hier haben wir es mit der „Dialektik von Schweinezucht und Getreideanbau“ zu tun<sup>52</sup>.

### Distribution

Während der Kulturrevolution war wieder die alte kommunistische Forderung „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ aufgestellt worden. Ob eine Verwirklichung dieses Prinzips irgendwo tatsächlich gelungen ist, ist nicht sicher belegt. Jedenfalls erkannte die Führung bald, daß weder die praktischen Voraussetzungen noch das ideologische Bewußtsein den dazu notwendigen Reifegrad erreicht hatten. Man reduzierte die Praxis auf „Bezahlung nach der Leistung“. Diese Lösung des Distributionsproblems widersprach dem Tachai-System, wo die politische Haltung an erster Stelle bei der Zuerteilung der Arbeitspunkte beachtet wird, wo also „Politik befiehlt“ und nicht die Produktion. Weil beim gegenwärtigen Entwicklungsstand die Produktion nicht vernachlässigt werden darf, wurde jedoch in den vergangenen Jahren immer mehr das Augenmerk auf eine Steigerung des Individualeinkommens gelegt<sup>53</sup> und gleiche Zuteilung für alle als „absolute Gleichmacherei“ verurteilt. Später wurde hauptsächlich Lin Piao diese „ultra-demokratische Abweichung“, die in der Bezahlung nach den Bedürfnissen zum Ausdruck komme, zum Vorwurf gemacht.

In diesem Zusammenhang wurde als Teil der pragmatischen Wirtschaftspolitik seit dem Ende der Kulturrevolution auch zugesichert, daß der besondere Stein des Anstoßes, die Privatgrundstücke der Bauern, bestehenbleiben dürfen, solange die Getreideproduktion nicht gefährdet sei. Sie bilden zusammen mit den Nebenproduktionen, die zu einem beträchtlichen Teil auf ihnen geschehen, eine nicht zu unterschätzende Quelle des bäuerlichen Einkommens. Schließlich gibt es schon wieder Beispiele für die Arbeitsabrechnung nach dem Akkordsystem. Man erklärt:

<sup>51</sup> RMRB 10. 5. 1973. HQ 8/1972, S. 58 ff.

<sup>52</sup> Lianoning Provinz-Rundfunk 4. 7. 1969. Hunan Provinz-Rundfunk 28. 7. 1970 (beide SWB).

<sup>53</sup> HQ 1/1972, S. 73 ff. Hupei Provinz-Rundfunk (SWB) 10. 1. 1972.

„Wenn die Masse der Kommunemitglieder mehr produziert, dann soll sie auch ein größeres Einkommen haben.“ Oder knapp und deutlich: „Arbeitet mehr und verdient mehr (duo láo duo dé)“<sup>54</sup>. Diese Politik ist nach der offiziellen Auffassung mit dem derzeitigen, dem sozialistischen Stadium der chinesischen Revolution vereinbar. „Gleicher Wohlstand“ für alle sei nur möglich, wenn Jahr für Jahr die Einzeleinkommen stetig gewachsen sein werden. Derzeit würde Gleichheit der Einkommen, vor allem unter den Produktionsteams auf dem Lande, die wirtschaftliche Aktivität hemmen, worunter die Produktion zu leiden hätte<sup>55</sup>. Deshalb wird eine „vernünftige Entlohnung nach geleisteter Arbeit“ gefordert.

Nach Ablieferung der staatlichen Quote und Erfüllung anderer Abgabe- und Akkumulationspflichten müßten allgemein etwa 60% des Kollektivgesamteinkommens unter die Kollektivangehörigen verteilt werden, „damit wenigstens 90% von ihnen ihr Einkommen steigern können“<sup>56</sup>. (Wer unter den unglücklichen Rest von 10% fällt, wird nicht gesagt.) Nur so könne die sozialistische Akkumulation des Staates und der Kollektive gewährleistet werden.

Praktisch gesehen haben die Löhne aufgehört, den Wert oder Preis der Arbeit darzustellen. Sie sind jetzt eine Form der Verteilung von Konsumgütern durch den Staat nach dem sozialistischen Verteilungsprinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Arbeit“<sup>57</sup>. Lohndifferenzen werden heute mit sozialen Argumenten gerechtfertigt: sie sind u. a. nach Altersgruppen gestaffelt, wobei dem älteren Arbeiter seine Berufserfahrung angerechnet wird. Die so resultierenden Einkommensunterschiede zwischen einzelnen Kommunen, sogar zwischen verschiedenen Teams einer Kommune, zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen einzelnen Industriezweigen entsprechend dem erreichten Entwicklungsstand, sind ein höchst unbefriedigender Zustand. Ein Lösungsvorschlag wird gegenwärtig von offizieller Seite noch nicht geboten.

Für die Landwirtschaft ergibt sich dabei die interessante Tatsache, daß die Agrarsteuer, die vor langer Zeit „unter Berücksichtigung der Interessen des Staates, der Kollektivwirtschaften und der Individuen“ festgelegt worden ist, keinesfalls mit steigenden Erträgen progressiv mitwächst, sondern daß sie seit etwa zehn Jahren nicht verändert wurde und auch in Zukunft nicht verändert werden soll. Da die staatliche Ablieferungsquote gleichfalls unverändert geblieben ist, kommen agrarische Produktionssteigerungen auf dem Umweg über freiwillige Zusatzverkäufe an die staatlichen Aufkaufstellen (für die übrigens ein Preis bezahlt wird, der um etwa 25% über dem für die Zwangsquote liegt), den Bauern, d. h. den Produktionsteams und den Kommunen direkt zugute. Der zusätzliche Erlös soll zur Entwicklung der Kollektivwirtschaft der Kommunen und der Teams und zur Steigerung des bäuer-

<sup>54</sup> Kiangsi Provinz-Rundfunk 17. 1. 1971. Hupei Provinz-Rundfunk 16. 1. 1973. Heilungkiang Provinz-Rundfunk 14. 10. 1973 (alle SWB).

<sup>55</sup> RMRB 27. 6. 1972.

<sup>56</sup> Kiangsi Provinz-Rundfunk (SWB) 24. 12. 1972. — Vgl. auch: Direktive des ZK der KPC zur Frage der Distribution in den ländlichen Volkskommunen vom 26. 12. 1971. Eine deutsche Übersetzung des englischen Textes in: *Issues and Studies* (Taipei), November 1972, 92–95, brachte China aktuell, Dezember 1972, 41–42. — Siehe auch die Stellungnahme eines regionalen Parteikomitees vom März 1972 im Faksimile abgedruckt in: *Studies on Chinese Communism* (Taipei, chinesisch), August 1972, 102 ff.

<sup>57</sup> HQ 7/1972, S. 44.

lichen Eigentums dienen und nicht durch Steuern abgeschöpft werden<sup>58</sup>. Die Steuerbelastung ist für die gesamte Volksrepublik einheitlich.

Die Frage der Bezahlung der weiblichen Arbeitskräfte kann hier aus Raumgründen nur gestreift werden. Grundsätzlich gilt, daß für gleiche Arbeit gleicher Lohn gezahlt werden müßte. Mit dem Hinweis auf die unterschiedliche Körperkraft von Mann und Frau, aus der sich zwangsläufig unterschiedliche Arbeitsplätze ergeben, wird dies in der Praxis oft umgangen. In letzter Zeit nehmen die Forderungen zu, wonach die besonderen Fähigkeiten der Frau (z. B. die Geschicklichkeit beim Reis-pflanzensetzen) gleich körperlicher Schwerarbeit eines Mannes bezahlt werden sollten. Außerdem müsse die Rolle der Frau innerhalb der Familie durch entsprechende Entlohnung und soziale Fürsorge gewürdigt werden.

### Der Plan

Mit dem Abklingen der Kulturrevolution erhielten die lokalen Gremien größere Unabhängigkeit unter dem Plan. Jede Ebene beaufsichtigte und koordinierte die Rohstofflieferungen und Finanzströme der Unternehmen auf der ihr unmittelbar unterstellten politischen Ebene. Ein beachtlicher Teil des erzielten Industrieaufbaus ist ihnen zu verdanken. Mit Beginn des Jahres 1973 ist eine neue Plandiskussion in Gang gekommen. Ausgehend von einer bestätigenden Darstellung der Entwicklungsgrundkonzeption mit der Landwirtschaft als Basis, wird nun als neue Komponente der „Allgemeine Plan“ eingeführt, den es bei allen Dingen zu beachten gilt, wenn man die richtige Linie einhalten will. Neu ist auch die Hervorhebung des dreiseitigen Verhältnisses von Staat, Kollektiv und Individuum, das bei der Distribution zum Tragen komme<sup>59</sup>. Daraus ist unschwer ein Zurückdrängen der Regionalinteressen abzulesen. Die Zentrale zieht wieder die Zügel an. Offensichtlich hat es sich gezeigt, daß zentrale Führung notwendig ist. Deshalb wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Naturkatastrophen, die seit 1971 die Landwirtschaft heimgesucht hatten, nicht zum Vorwand genommen werden dürften, die Anstrengungen zu verringern. Das gleiche gelte für etwaige mangelnde technische Ausstattungen. Mit Begeisterung kann die technische Reform der Landwirtschaft und die Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden. Nach dem Grundsatz „eins teilt sich in zwei“ können, wenn man beide Seiten einer Sache sieht, auch Naturkatastrophen nützlich sein. Andernfalls hätte man „objektive Bedingungen“ als Ausrede benützt und die subjektive Initiative vernachlässigt<sup>60</sup>. Bei allen Produktionsaufgaben müssen präzise wissenschaftliche Untersuchungen und Kenntnisse mit revolutionärem Eifer Hand in Hand gehen. Fehlt die erste Komponente, dann artet die Tätigkeit in wilden Eifer aus, fehlt der revolutionäre Eifer, dann erlebt man die Rückkehr konservativer Ideen<sup>61</sup>. Der revolutionäre Ehrgeiz hilft auch bei der Beseitigung der immer noch vorhandenen kleinbäuerlichen Ideen. Die Kollektivorganisation garantiert den Bauern größeren Wohlstand und führt damit auch zu größeren Beiträgen an den staatlichen Investitionsfonds. Parallel dazu

<sup>58</sup> Fukien Front Radio (SWB) 21. 10. 1973. — Es muß angemerkt werden, daß es sich hier um eine Sendung für Taiwan handelte.

<sup>59</sup> HQ 2/1973, S. 11–15.

<sup>60</sup> HQ 4/1973, S. 47–48. Hupei Provinz-Rundfunk (SWB) 7. 10. 1973.

<sup>61</sup> RMRB 23. 6. 1973.

gilt, daß die sozialistische Großindustrie und die sozialistische Planwirtschaft in krassem Widerspruch zu der verzettelten bäuerlichen Kleinwirtschaft stehen. Die Lösung aller anstehenden Fragen könne nur der Ausbau der Kollektivwirtschaft bringen<sup>62</sup>.

### Die Buchhaltungsaufgabe

Ausgehend von der grundsätzlichen Bedeutung der Landwirtschaft kann der jeweilige Stand der Organisation der Volkskommunen als Maßstab zur politökonomischen Beurteilung des erreichten Stadiums der chinesischen Wirtschaftsentwicklung dienen. Gegründet als „Basiseinheit des gesellschaftlichen Lebens“ beim versuchten Übergang zum Kommunismus, hatte die Volkskommune im Laufe der Zeit vor allem die zentrale „Buchhaltungsaufgabe“, d. h. die Berechnung der Arbeitspunkte und Verteilung des Ertrages, an die ihr unterstellten Produktionsteams abgeben müssen. Das so entstandene „Eigentum auf drei Stufen (d. h. Volkskommune – Produktionsbrigade – Produktionsteam) mit dem Produktionsteam als Buchhaltungseinheit“ ist trotz aller Angriffe während und nach der Kulturrevolution und objektiver Schwächen, vor allem wegen der besprochenen Einkommensdifferenzen, neben dem Recht auf ein Privatgrundstück und Nebenproduktionen eines der Prinzipien, die „noch für eine relativ lange Zeit Gültigkeit haben werden“<sup>63</sup>. Ebenso sei im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung der Produktivkräfte das Nebeneinander von staatlichen und kollektivem Eigentum durchaus gerechtfertigt<sup>64</sup>. Eventuell entstehende Differenzen seien durch Aufklärungsarbeit zu lösen. Beide seien Systeme des sozialistischen Eigentums. — —

Die langfristigen Ziele sind bekannt: allmählich wird die Buchhaltungsaufgabe der Brigade und später der Volkskommune zurückgegeben werden, und der Besitz des ganzen Volkes, d. h. des Staates, wird an die Stelle des Kollektivbesitzes innerhalb der Kommune treten. Entwicklungsökonomisch scheint dies sinnvoll. Aus technischen und organisatorischen Gründen wird die zunehmende Mechanisierung der Landwirtschaft zu großräumigen Einheiten führen, die ausgedehnte Flächen mit den nötigen Be- und Entwässerungssystemen bewirtschaften werden. Planung und Management solcher Unternehmungen wird fast automatisch von Großorganisationen (Brigade oder Kommune) gehandhabt werden müssen. Die wäre übrigens auch ein Weg, die Einkommensdifferenzen zu beseitigen. „Gerade so, wie wir früher die Bauern nur Schritt für Schritt vom Individualbesitz des Bodens hin zum Kollektivbesitz führen konnten, so können wir auch nur schrittweise die Bauern zum Übergang vom kleineren Kollektivsystem (der Gegenwart) hin zum größeren, umfassenderen Kollektivbesitzsystem führen. Man darf nicht alles auf einmal versuchen wollen.“<sup>65</sup>

(Abgeschlossen Januar 1974)

<sup>62</sup> RMRB 22. 4. 1973. HQ 5/1973, S. 28 ff.

<sup>63</sup> Vgl. HQ 2/1970, S. 8–9. Inner-Mongolischer Provinz-Rundfunk 29. 12. 1971 und Lianoning Provinz-Rundfunk 18. 10. 1973 (beide SWB).

<sup>64</sup> HQ 7/1972, S. 39. HQ 5/1973, S. 29–30.

<sup>65</sup> HQ 2/1970, S. 8–9.